
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 3 (1975)

DOI: 10.11588/fr.1975.0.48404

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

WILFRIED LOTH

FRANKREICH UND DIE EUROPÄISCHE EINIGUNG*

Studien zur Außenpolitik der französischen IV. Republik sind im Vergleich zum Stand der historiographisch-analytischen Erfassung der internationalen Beziehungen anderer europäischer Länder seit dem Zweiten Weltkrieg zwar bereits relativ zahlreich; dennoch ist die Forschung von einem umfassenden Gesamtbild noch weit entfernt. Die zahlreichen Darstellungen zur allgemeinen Geschichte der IV. Republik übergehen, von einigen Ausnahmen in der Kolonialpolitik abgesehen, außenpolitische Fragestellungen fast völlig; die zum Teil vorzüglich gearbeiteten Gesamtüberblicke zur Außenpolitik der IV. Republik (Grosser, Carmoy, Willis, Serfaty, Tint)¹ müssen angesichts des Mangels an exakten Einzelanalysen auf weiten Strecken kursorisch bleiben. Das außenpolitische Verhalten der Parteien und Interessengruppen insgesamt, die Interdependenz innen-, außen- und wirtschaftspolitischer Vorgänge, die einzelnen Phasen der französischen Deutschlandpolitik, die Rolle Frankreichs in der UNO und im Kreis der »Großmächte«, die französische Westorientierung, schließlich der Beginn französischer Europapolitik bis zum Plan der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind Problemfelder, die dringend weiterer Bearbeitung bedürfen, wenn man die Grundstruktur der französischen Außenpolitik im Nachkriegs-Europa erfassen will.

In dieser Situation verdient die 1968 bei Gilbert Zieburg in Berlin abgeschlossene und 1972 im Druck veröffentlichte Dissertation von Klaus HÄNSCH besondere Beachtung: sie versucht erstmals, die außenpolitische Position Frankreichs im Hinblick auf den Ost-West-Konflikt als die wichtigste Determinante der Geschichte der internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg zu erfassen, indem sie nicht den Impulsen und Reaktionen der außenpolitischen Exekutive nachgeht, sondern das »politische Klima«, »die Bandbreite des kulturell, geistig oder psychologisch Möglichen« (S. 1) einer Analyse unterzieht, um so die Voraussetzungen wie die wesentlichen Strukturen des Verhaltens der politischen Entscheidungsträger zu bestimmen.

* Zugleich Besprechung von: Klaus HÄNSCH: Frankreich zwischen Ost und West, Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946 bis 1948, Berlin/New York (de Gruyter) 1972, XV, 287 S. (= Beiträge zur auswärtigen und internationalen Politik, Bd. 5).

¹ Alfred GROSSER, *La IVe République et sa politique extérieure*, Paris 1. Aufl. 1961, 3. unver. Aufl. 1970; Guy de CARMOY, *Les politiques étrangères de la France, 1944–1966*, Paris 1967; F. Roy WILLIS, *France, Germany and the New Europe 1945–1967*, Stanford/London 1968; Simon SERFATY, *France, de Gaulle and Europe. The Policy of the Fourth and Fifth Republics toward the Continents*, Baltimore 1968; Herbert TINT, *French Foreign Policy since the Second World War*, London 1972.

Als Grundlage der Analyse des politischen Klimas dient dem Vf. die »unformulierte« öffentliche Meinung, soweit sie in zeitgenössischen Meinungsumfragen artikuliert werden konnte, die »formulierte« öffentliche Meinung, wie sie in der – außerordentlich reichhaltig dokumentierten – politischen Presse des Frankreichs der Jahre 1946 bis 1948 zum Ausdruck kam, sowie die Haltung der führenden politischen Parteien, die aus Beschlüssen der Parteigremien, der offiziellen und nicht offiziellen Parteipresse und öffentlichen Äußerungen von Parteiführern erschlossen wird. Die an sich bereits eindrucksvolle Beschreibung eines in dieser Breite bisher unbekanntes Spektrums außenpolitischer Meinungsbildung im politischen Frankreich zwischen 1946 und 1948, die sich aus diesem Material ergibt, sucht der Vf. zu einer vertiefenden Erklärung auszuweiten, indem er es mit Hilfe eines allgemeinen kommunikationstheoretischen Modells analysiert. Hierfür wählt er die kybernetische Systemtheorie von Karl W. DEUTSCH², die den Staat als ein »Lernsystem« definiert, »das durch Kommunikation im Innern zusammengehalten und nach außen zum Handeln befähigt wird« (S. 3), als ein »input-output-System«, das, aufgeladen durch den Austausch von Informationen mit der Umgebung, mehr oder weniger anpassungsfähig reagiert« (S. 5). Die Untersuchung der durch das Offenbarwerden des Ost-West-Konfliktes bewirkten Veränderungen (Zweiter Teil) in den »Wertemustern und Zieldefinitionen« (Erster Teil) des politischen Systems Frankreich und der aus diesen Veränderungen resultierenden Mobilisierung innerhalb dieses Systems (Dritter Teil) dient damit zugleich einer Erprobung der Praktikabilität der sozialwissenschaftlichen Systemtheorie anhand eines empirisch erfaßten historischen Materials.

Die von HÄNSCH auf diese Weise erarbeitete Grundthese³ besticht zunächst durch ihre Eleganz: Als der Ost-West-Konflikt bewußtseinsmäßige Realität wurde, »lernte« Frankreich die Sicherheit vor der Sowjetunion als neues Primärziel seiner Außenpolitik zu sehen, ohne seines bisherigen Primärziele »Sicherheit vor Deutschland, Wirtschaftshilfe und Vermittlerposition« aufzugeben. Zwischen den Implikationen des neuen und der alten Primärziele bestanden jedoch zum Teil unüberbrückbare Widersprüche. Während Sicherheit vor Deutschland bisher nur durch die Reduzierung des deutschen Potentials auf ein Minimum (via Zerschlagung der Reichseinheit, Internationalisierung des Ruhrgebiets, Abtrennung von Rheinland und Saarland) für möglich gehalten wurde, setzte die Sicherheit vor der Sowjetunion eine Stärkung (West-)Deutschlands als exponiertestes Vorfeld des neuen westlichen Sicherheitssystems voraus; die bisher angestrebte Vermittlerposition im Ost-West-Konflikt schien die eigene Unabhängigkeit und die eigene Grandeur zu garantieren, während die um der Sicherheit vor der Sowjetunion willen notwendige Anlehnung an die USA nun beides zu gefährden drohte. Um den Zielkonflikt zu verdecken, schuf sich das gesamte politische Frankreich mit Ausnahme der Kommunisten ein neues Sekundärziel,

² Karl W. DEUTSCH, *The Nerves of Government. Models of political communication and control*, New York/London 2. Aufl. 1966; deutsch u. d. T.: *Politische Kybernetik*, Freiburg 1969.

³ vorgetragen insbesondere S. 189 f., 239–245; die folgenden Zitate ebda.

mit dessen Hilfe die alten Primärziele auch unter den neuen Bedingungen noch erreicht werden sollten: die Einigung (West-)Europas. »Da die Einigung Europas nicht wirklich ein eigenes Ziel, sondern nur ein Sekundärziel war, blieb sie von der Verwirklichung der ersten Ziele abhängig«; als die Ziele der Sicherheit vor der Sowjetunion und vor Deutschland 1953/54 einigermaßen gesichert und das Ziel der Vermittlerposition irrealisierbar schienen, mußte die französische Europapolitik darum »ihren Impetus verlieren.« Vermittels einer solchen instrumental verstandenen Europapolitik blieb der bereits seit dem Auftreten der beiden neuen Weltmächte in der Folge des Zweiten Weltkrieges nicht mehr reale Großmachtanspruch Frankreichs über die Anfangsperiode des Kalten Krieges hinaus erhalten.

HÄNSCHS Ergebnisse treffen in der Tat einige – in der bisherigen Literatur kaum explizit erfaßte – Grundzüge der französischen Außenpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Daß sie in ihrer Generalisierung andere wesentliche Grundzüge verdecken und darum insgesamt ein allzu einseitiges Bild dieser Politik zeichnen, läßt sich mit zwei Einwänden begründen, die beide den methodischen Ansatz (zumindest in der von Hänsch gewählten Form) wie das empirisch vorfindbare historische Material betreffen:

Erstens: Durch die unausgesprochene und vom Vf. auch nicht reflektierte Reduzierung aller Meinungen, Absichtserklärungen usw. der politischen Gruppen in diesen zwei Jahren auf ein Grundmuster, nämlich das der uneingeschränkten Priorität des nationalstaatlichen Interesses, wird trotz aller geleisteten Differenzierung hinsichtlich einzelner politischer Gruppen die Unterschiedlichkeit der verschiedenen außenpolitischen Haltungen innerhalb des Gesamtsystems »Frankreich« nicht genügend deutlich. Die Universalität der Grundthese verleitet dazu, Meinungen unterschiedlicher Provenienz, die sich in einem Satz treffen, aber in jeweils anderen Gesamtzusammenhängen stehen, als Belege für eben diesen einen Satz zusammenzufassen. So kann die Untersuchung wohl zur Erklärung der dann tatsächlich realisierten französischen Außenpolitik als dem kleinsten gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen Zielvorstellungen in den diese Außenpolitik tragenden Gruppen beitragen, wird aber den einzelnen Gruppen als solchen nicht gerecht, wenn sie deren Äußerungen nur von dem gemeinsamen Nenner her interpretiert, die unterschiedlichen Erfahrungswerte und Gesamtintentionen der Gruppen jedoch außer acht läßt. Damit wird jedoch nicht nur, wie HÄNSCH selbst einschränkend zugesteht, »eher das Gemeinsame als das Differenzierende im politischen Verhalten der verschiedenen Gruppen« (S. IX) betont und so der Diskussions- und Entscheidungsverlauf innerhalb des untersuchten politischen Gesamtsystems im Undeutlichen belassen; die Unschärfe in der Erfassung der einzelnen Gruppen wirkt notwendigerweise auch auf das Gesamtbild zurück; und schließlich vermag auch die tatsächlich realisierte Politik in all den Punkten nicht mehr erklärt werden, in denen sie über den kleinsten gemeinsamen Nenner aller tragenden Gruppen hinausgeht.

Auf diese Weise übersieht HÄNSCH die Tatsache, daß es in Frankreich zumindest seit dem Aufbruch der innerfranzösischen Widerstandsbewegungen 1941/42 einen genuin andersartigen Ansatz zur Bewältigung der außenpolitischen Problematik gab, der den nationalstaatlichen Interessenanspruch am An-

spruch der übrigen Nationen relativiert wissen wollte und die europäische Einigung nicht zur Rettung der nationalen Grandeur und des nationalen Führungsanspruchs, sondern aus der Annahme der Interdependenz der europäischen Nationen in sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht anstrebte⁴. Die außenpolitische Haltung der beiden Parteien, in denen sich dieser Ansatz vorzugsweise ausprägte, MRP und SFIO, werden daher in ihrem konstitutiven Aspekt nicht erfaßt; eine Reihe von Verzerrungen und Fehlinterpretationen im Einzelnen sind die Folge.

Der SFIO gesteht HÄNSCH zwar einen von »traditionellen« Lerninhalt verschiedenen »sozialistischen« Lerninhalt zu (S. 184–189, 195 f.), versteht darunter jedoch nur ein zusätzliches Primärziel »Sicherung sozialistischer Gesellschaftsstruktur« vor einer Begünstigung kapitalistischer und liberalistischer Tendenzen durch den Marshall-Plan, im übrigen ordnet er den Sozialisten grundsätzlich die gleichen Primärziele zu wie dem »traditionellen« Block einschließlich der »Rechten« und de Gaulles. In der bis Mitte 1947 vorrangigen Deutschlandfrage etwa bezeichnet HÄNSCH die Sozialisten als »unfähig, sich selbst ein gedanklich geschlossenes Konzept zu erarbeiten, weil sie weder die kommunistisch-marxistische Argumentation zu Ende führen konnten, noch der »Wir-brauchen-Deutschland-gegen-die-Sowjetunion-Politik« des Westens folgen wollten. (...) Die Sozialisten hatten bis zum Juni 1948 zwar eine eigene Interpretation der Sicherheit vor Deutschland, aber keine eigene Politik« (S. 88). Tatsächlich hatte sich die SFIO vom Moment ihrer Neukonstituierung im Widerstand an gegen die – von de Gaulle vertretene – Lösung der Deutschlandfrage durch Gebietsabtrennung und Zerstückelung gewandt und stattdessen für eine französische Sicherheitsinteresse wie deutsches Nationalempfinden gleichermaßen berücksichtigende Lösung durch Integration Deutschlands in ein internationales Förderativsystem plädiert; mit ihrem Plan einer Sozialisierung der Ruhrindustrie zugunsten einer internationalen Körperschaft hatte sie viel stärker marxistisch, d. h. mit Rekurs auf die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland argumentiert als die Kommunisten, die die nationalistischen Prämissen gaullistischer Deutschlandpolitik kritiklos übernahmen; eine »Wir-brauchen-Deutschland-gegen-die-Sowjetunion-Politik« war in Frankreich bis Mitte 1948 noch überhaupt nicht durchformuliert worden; früher und entschiedener als alle anderen Gruppen entwickelte die SFIO eine »Wir-brauchen-Deutschland-für-Westeuropa-Politik«⁵. Um seine These von der grundsätzlichen Identität so-

⁴ In der bisherigen überblickartigen Literatur wird dieser »zweite Ansatz« in der Regel nur knapp angedeutet, etwa bei Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945, Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970, S. 25–32, und 48 f.; für die Zeit der Résistance ist er ausführlich dokumentiert bei Walter LIPGENS, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945*, München 1968, S. 177–250; über einen längeren Zeitraum hinweg wird er erstmals monographisch nachgezeichnet in meiner (noch ungedruckten) Dissertation: *Sozialismus und Internationalismus, Theorie und Praxis sozialistischer Außenpolitik in Frankreich 1940–1950*, Saarbrücken 1974.

⁵ Vgl. hierzu im Einzelnen die Belege in meiner Arbeit; für einen raschen Überblick die jährlichen Parteitage-resolutionen in *Le Populaire (clandestin)*, Zone Sud, Nr. 13, Juni 1943; *Le Populaire* 14. 11. 44, 16. 8. 45, 3. 9. 46, 19. 8. 47, 6. 7. 48.

zialistischer und »traditioneller« Deutschlandpolitik durchhalten zu können, ist HÄNSCH genötigt, die in der gesamten bisherigen Literatur bereits festgehaltene Tatsache zu bestreiten, daß sich die Sozialisten der von de Gaulle betriebenen politischen Loslösung des Ruhrgebiets vom deutschen Staatsverband von Anfang an widersetzen (S. 35–37); als einziger Beleg hierzu dient ihm ein Leitartikel des Parteiorgans »Le Populaire« vom 14. 3. 1946. Tatsächlich enthält dieser (vom Parteiführer Léon Blum verfaßte) Artikel genau das Gegenteil dessen, was er belegen soll: nämlich eine Aufforderung an die französische Regierung, die gescheiterte Abtrennungsforderung zugunsten der chancenreichen Forderung nach wirtschaftlicher Internationalisierung hintanzustellen⁶. Die mit diesem Artikel eingeleitete Kampagne des sozialistischen Ministerpräsidenten Félix Gouin gegen die bisherige Deutschlandpolitik war nicht »erstes Zeichen einer Distanzierung von Teilen der SFIO vom Konzept der politischen Loslösung des Ruhrgebietes vom deutschen Staat« (S. 36 f.), sondern der Versuch, das andersartige sozialistische Deutschlandkonzept in politische Praxis umzusetzen.

Dem MRP wird HÄNSCH noch weniger gerecht: Über das Interesse am nationalstaatlichen Machtanspruch hinausgehende Zielvorstellungen werden wie bei der SFIO grundsätzlich bestritten, darüberhinaus aber werden die Christdemokraten grundsätzlich dem »traditionellen« Block zugeordnet, d. h. in ihrer gesellschaftspolitischen Grundorientierung mit den konservativen Gruppen wie mit den Gaullisten unter der gleichen Kategorie subsumiert. Da diese Zuordnung mit dem programmatischen Anspruch des MRP nicht vereinbar ist, gerät HÄNSCH mehrfach in widersprüchliche Behauptungen: bald werden MRP und SFIO als Vertreter einer ideologischen Vermittlungsposition zwischen Ost und West und die Verhinderung einer Zweiteilung der Welt und Europas als »neben der Sicherheit vor Deutschland vielleicht die außenpolitische Leitidee überhaupt« bezeichnet (S. 161); bald werden »rechtsorientierte(n) Presse einschließlich des MRP« als Befürworter eines Anschlusses an den »liberal-kapitalistischen Wirtschaftsblock« bereits im Frühjahr 1946 notiert (S. 132). Bald wird »den Sozialisten (und) Teilen des MRP« das Konzept eines Europas der Dritten Kraft zwischen »bürgerlichem Kapitalismus« und »Leninismus Stalins« zuerkannt (S. 185 f.); bald aber heißt es, »die Rechte, die Gaullisten, die Radikalsocialisten, aber auch die Volksrepublikaner wollten ein mehr oder weniger nach kapitalistischen Werten handelndes Gebilde schaffen« (S. 194). Der tatsächliche Standort der Partei oder die Abgrenzung verschiedener Standorte innerhalb der Partei bleiben unklar⁷.

Überhaupt werden Gruppierungen innerhalb der Parteien – und dort fanden oft die eigentlichen Auseinandersetzungen statt – nicht richtig erfaßt. Bei den

⁶ »L'internationalisation de la Ruhr«, Le Populaire 14. 3. 46. – Ein zweiter von HÄNSCH herausgezogener Beleg (G. Bellier in »Force Ouvrière« 28. 3. 46) kann nicht für die SFIO gelten: »Force Ouvrière« war als Gewerkschaftsorgan in der syndikalistischen Tradition stets um eine strikte Selbständigkeit gegenüber der sozialistischen Partei bemüht.

⁷ Vgl. hierzu auch die Besprechung der Arbeit von HÄNSCH durch Adolf KIMMEL: Außenpolitischer Lernprozeß, in: Neue Politische Literatur 18 (1973), S. 255–258.

Christdemokraten spricht HÄNSCH von »Teilen«, gelegentlich von einem »linken Flügel«, der nicht näher erläutert wird; an einer Stelle (S. 232, Anm. 42) wird das offizielle Parteiorgan »L'Aube« als Beleg für diese »linke« Tendenz zitiert(!). Für die Sozialisten konstruiert er einen Gegensatz zwischen »rechtem« und »linken Flügel« der Partei, gelegentlich auch zwischen den »in der öffentlichen Meinungsbildung der Partei führenden Gruppen« und »den unteren Gliederungen der Partei« (S. 151 f.), ohne daß beide in ihrem Umfang wie in ihrer Zusammensetzung faßbar würden. Die dem »linken Flügel« unterstellte Ablehnung der amerikanischen Wirtschaftshilfe etwa (S. 116, 151 f., 156, 179) trifft in der Tat nur für die marginale Gruppe um Yves Dechézelles zu (274 von 4.984 Stimmen des Parteitags 1947), die zudem Ende 1947 aus der Partei ausschied. Völlig unbewiesen – und durch scharf antisowjetische Stellungnahmen der SFIO-Presse bereits im Sommer 1945 (!) widerlegbar – bleibt die aus der Annahme eines starken »linken Flügels« resultierende Behauptung, die Sozialisten hätten »Schwierigkeiten (...) bei der Wahl ihrer Solidaritäten in der Sicherheitspolitik noch im Frühjahr 1948« gehabt (S. 116)⁸.

HÄNSCHS Aussagen über die ab 1948 realisierte Europapolitik der französischen Regierungen müssen folglich relativiert werden: insofern diese Politik im wesentlichen von MRP und SFIO formuliert und realisiert wurde, lagen ihr mehr und andersartige Primärziele zugrunde als die Sicherung des französischen Großmachtanspruchs in Relation zu Deutschland, die Erlangung der amerikanischen Wirtschaftshilfe und die Bewahrung nationaler Grandeur durch die Erlangung einer Vermittlerposition im Ost-West-Konflikt, auch wenn diese von HÄNSCH genannten Ziele eine Rolle gespielt haben.

Der zweite Einwand: Durch die Herstellung von »Zuordnungen, Kausalitäten und Funktionen« (S. IX) in einem geschlossenen, strikt auf den Zeitraum von zwei Jahren beschränkten Systemen gerät die facettenreiche Kontinuität des historischen Prozesses aus dem Blick, werden Nachwirkungen früherer Entscheidungen und Haltungen in diesen Zeitraum hinein nicht als solche erkennbar, und werden andererseits die im analysierten Zeitraum vorgefundenen Strukturen zu stark verallgemeinert, als daß ihre notwendige Relativierung in den folgenden Zeitabschnitten deutlich würde. Die strenge Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundärzielen verdeckt die Tatsache, daß in der politischen Praxis stets Nebenziele zu Hauptzielen werden und umgekehrt Hauptziele in den Hintergrund rücken, daß die Gewichtung der einzelnen Zielsetzungen einem ständigen Wandlungsprozeß unterworfen ist.

Einerseits entgeht HÄNSCH damit die für eine Gesamtinterpretation der Haltung Frankreichs zur europäischen Einigung so wichtige Tatsache, daß das von

⁸ Eine relativ große Zahl von Ungenauigkeiten in der Quellenwiedergabe trägt ein weiteres dazu bei, daß die innerparteilichen Diskussionen nicht deutlich werden. So werden – um nur zwei Beispiele zu nennen – S. 65 die Sitzungen des »Comité National« des MRP vom März und Juli 1946 als Parteitage und S. 179 der Entschließungsantrag der Mollet-Gruppe vom 38. SFIO-Parteitag 1946 als Antrag für den »39. Kongreß 1948« bezeichnet; tatsächlich fand zudem 1946 überhaupt kein MRP-Parteitag statt und tagte der 39. SFIO-Parteitag bereits 1947.

ihm aufgezeigte Vorherrschen nationalegoistischer Wertemuster im Frankreich des Jahres 1946 zu einem guten Teil eine Folge der von de Gaulle während seiner ersten Präsidentschaft bewirkten Re-Nationalisierung der öffentlichen Meinung war⁹, die als retardierendes Moment in der Durchsetzung des oben erwähnten und von Hänsch übergangenen »zweiten Ansatzes« wirkte. Andererseits überschätzt er das unveränderte Fortwirken der von ihm gefundenen Primärziele in den Jahren nach 1948: Tatsächlich implizierte – was hier nur noch thesenhaft angeführt werden kann – die nun angestrebte Sicherheit vor Deutschland durch Integration ein ganz anderes Verhältnis zu dem Nachbarstaat als das bisherige Konzept der Sicherheit durch Domination; wurde das Ziel der Erlangung amerikanischer Wirtschaftshilfe durch das Ziel der Schaffung eines europäischen Wirtschafts-Großraumes abgelöst; modifizierte sich das Ziel der Vermittlerposition zwischen Ost und West zu dem Ziel relativer Unabhängigkeit im Verhältnis zu dem amerikanischen Bündnispartner – Ziele, die insgesamt in den frühen 50er Jahren noch genügend Motivation für eine Einigung Europas hergaben, und die insgesamt auch realistisch genug waren, um HÄNSCHS Behauptung in Frage zu stellen, die Europapolitik der IV. Republik habe »deutlich pathologische Züge« getragen (S. 243).

Die Arbeit von HÄNSCH hat so die Leistung wie die Grenzen der kybernetischen Systemtheorie deutlich gemacht: sie vermag für die historische Momentaufnahme eines Gesamtsystems wichtige Anhaltspunkte zu liefern, bedarf aber der Ergänzung durch Einzelanalysen der Faktoren dieses Gesamtsystems und hat nur wenig Aussagewert für das Verhalten des Systems zu einem späteren Zeitpunkt. Zur Analyse der französischen Europapolitik hat HÄNSCH einen durch die Neuartigkeit seiner Fragestellungen fruchtbaren Diskussionsansatz geliefert, dessen notwendige Einseitigkeit allerdings zur Ergänzung und zur Korrektur herausfordert.

⁹ Vgl. hierzu Walter LIPGENS, Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946 in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 52–102.